

Veranschaulichungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeschlossen. Redaktion: SW. 68, Cindenerstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftst. 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenerstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297.

## Abbau der Erwerbslosenfürsorge?

### Die Regierung des Bürgerblocks will sparen.

Durch Verordnung vom 24. März ist die Geltungsdauer des Gesetzes über eine Krisenfürsorge bis zum 30. Juni 1927 verlängert worden. Gleichzeitig wird in der Verordnung erklärt, daß das Recht der Reichsregierung, mit Zustimmung des Reichsrats einzelne Berufe oder Bezirke von der Krisenfürsorge auf einzelne Bezirke oder Berufe zu beschränken und die Fürsorge zeitlich zu begrenzen, unberührt bleibt.

Es wäre richtiger gewesen, die Geltungsdauer des Gesetzes über die Krisenfürsorge uneingeschränkt bis zum Inkrafttreten des Gesetzes über eine Arbeitslosenversicherung zu verlängern, um von vornherein die notwendige Beruhigung und Sicherheit zu schaffen. Für eine Herausnahme einzelner Berufe oder Bezirke aus der Krisenfürsorge besteht bei der immer noch anhaltenden äußerst schlechten Lage des Arbeitsmarktes nicht der geringste Anlaß. Der Ausschuß für Erwerbslosenfürsorge des Verwaltungsrats des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung hat deshalb auch eine allgemeine Verlängerung der Krisenfürsorge gefordert.

Der Reichsarbeitsminister versucht nunmehr zu seinem Ziele auf einem Umwege zu kommen. Der Verwaltungsrat des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung hatte sich auch für die Beibehaltung der gegenwärtigen Bezugsdauer in der Erwerbslosenfürsorge ausgesprochen. Diese Beibehaltung ist deshalb von großer Bedeutung, weil die Krisenfürsorge nur solchen Erwerbslosen gewährt wird, die 52 Wochen hindurch Erwerbslosenunterstützung bezogen haben. Der Reichsarbeitsminister hat jedoch die Geltungsdauer seiner gegenwärtigen Bestimmungen über die Bezugsdauer für die Erwerbslosenunterstützung nur bis zum 30. April verlängert. Er begründet das wie folgt:

„Da sich der Arbeitsmarkt inzwischen in einzelnen Teilen wesentlich gebessert hat, behalte ich mir vor, einzelne Berufe oder Bezirke von der Verlängerung der Bezugsdauer auszunehmen, sobald sich diese Besserung auf Grund der bisher noch fehlenden Zahlenunterlagen genügend übersehen läßt. Das wird Anfang April der Fall sein. Ich werde zu diesem Zeitpunkt auf die Bemessung der Bezugsdauer zurückkommen.“

Es ist also geplant, für einzelne Berufe oder Bezirke die Bezugsdauer für die Erwerbslosenunterstützung zu verkürzen. Zweierlei erreicht damit die Regierung des Bürgerblocks: die Inanspruchnahme der Erwerbslosenfürsorge wird eingeschränkt; die Inanspruchnahme der Krisenfürsorge wird für die betroffenen Erwerbslosen unmöglich gemacht, denn die Krisenfürsorge tritt nur für Erwerbslose ein, die 52 Wochen hindurch Erwerbslosenunterstützung bezogen haben und diese Unterstützung deshalb nicht mehr erhalten können. Zwar fehlen nach den Erklärungen des Reichsarbeitsministers noch die Zahlenunterlagen, das hindert ihn jedoch nicht, von einer wesentlichen Besserung des Arbeitsmarktes in einzelnen Teilen zu sprechen.

Wie es in Wirklichkeit mit dem Arbeitsmarkt bestellt ist, zeigen die 1 661 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosen- und Krisenfürsorge. Diese Zahl ist immer noch wesentlich höher als bei Schaffung des Gesetzes über eine Krisenfürsorge für Erwerbslose. Das Gesetz wurde am 19. November verabschiedet, am 13. November hatten wir 1 316 758 Hauptunterstützungsempfänger. Es kann also von einer wesentlichen Besserung des Arbeitsmarktes ernsthaft gar nicht gesprochen werden, vielmehr muß mit allem Nachdruck die Verlängerung der gegenwärtigen Bezugsdauer und die uneingeschränkte Verlängerung der Geltungsdauer der Krisenfürsorge verlangt werden.

## Standgerichte in Ungarn.

### Der Budapestener Kommunistenprozess.

Von Otto Landsberg.

Wir Sozialdemokraten verbinden mit der Liebe zum eigenen Volke die für alle anderen Nationen. Stets, wenn einem Volke unrecht geschieht, treten wir als Anwalt in die Schranken. Unser internationales Denken gibt uns auch das Recht, wenn irgendwo ein Staat seinen Bürgern Unbill zufügt, uns dieser anzunehmen.

Gegen 53 ungarische Männer, Jostan, Szanto und Genossen, ist ein standgerichtliches Verfahren wegen Aufzucht eingeleitet worden. Urteile eines ungarischen Standgerichtes, die die Schuld des Angeklagten bejahen, können nur auf Todesstrafe lauten. Die Möglichkeit der Verhängung von 53 Todesurteilen muß das Herz jedes Menschen erheben machen.

Was wird den Angeklagten zur Last gelegt? Das Gewicht der Anklagepunkte steht zu der drohenden Strafe in einem Mißverhältnis, das zum Lachen anreizen könnte, wäre die Sache nicht in der vollsten Bedeutung des Wortes blutig ernst. Der Staatsanwalt wirft den 53 vor, daß sie in Ungarn eine kommunistische Partei organisieren, Parteischulen errichten, daß sie für den Jahrestag der Ausrufung der ungarischen Räterepublik eine Demonstration vorbereiten, daß sie sich mit dem Plane getragen haben, zum Zwecke der Herstellung von Flugblättern eine Druckerei zu errichten. Das ist alles, was Polizei und Staatsanwaltschaft zusammengetragen haben.

Wir wird versichert, daß etwa 20 von den um ihr Leben kämpfenden nicht Kommunisten, sondern Angehörige der Bagg-Partei sind, die mit der ehemaligen deutschen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei verglichen werden kann. Sie unterscheidet sich von der ungarischen Sozialdemokratie gewiß in vielem, nicht aber in der Grundanschauung, die streng demokratisch ist. Es ist ausgeschlossen, daß die Bagg-Partei sich an einer Propaganda zur Förderung kommunistischer Bestrebungen beteiligt hat.

Aber dies nebenbei. Wenn selbst alle 53 Angeklagten Bolschewisten sein und an den den Gegenstand der Anklage bildenden Handlungen teilgenommen haben sollten, ist die Anschuldigung nicht zu begreifen. Ein Blick in das ungarische Strafgesetzbuch läßt ihre Unbegründetheit sofort erkennen. Nach den §§ 152 und 153 dieses Gesetzes ist Aufruhr eine Zusammenrottung zu dem Zweck:

1. den Reichstag, eines seiner beiden Häuser oder einen seiner Ausschüsse,
2. die mit der Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten (das Gesetz stammt aus der Zeit der österreichisch-ungarischen Union) betrauten Delegationen, eine von ihnen oder einen Delegationsausschuß,
3. die ungarische Regierung gewaltam oder durch gefährliche Drohung in der freien Ausübung ihrer Wirksamkeit zu hindern oder zu einem Beschluß, einer Verfügung oder einer Unterlassung zu zwingen,
4. irgendeine Klasse der Bürgerschaft, eine Nationalität oder Religionsgemeinschaft bewaffnet anzugreifen.

Man sieht, daß der Aufruhrbegriff des ungarischen Strafgesetzbuches ungefähr dem Begriff des Hochverrats im deutschen Strafgesetzbuch entspricht.

Das Verbrechen des Aufruhrs fehlt nach ungarischem Recht genau so ein konkretes Unternehmen zum gewalttätigen Sturze der Verfassung voraus wie der Hochverrat nach deutschem Recht. Es ist unsahbar, wie man in den den Angeklagten vorgeworfenen Handlungen auch nur das Unternehmen eines Aufruhrs erblicken kann. Wenn die politische Betätigung der Angeklagten unter die §§ 152 und 153 des ungarischen Strafgesetzbuches fielen, so würde gar nicht abzusehen sein, weshalb Ungarn sich im Jahre 1921 ein Gesetz gegeben hat, das mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren einen jeden bedroht, der eine auf den gewalttätigen Umsturz oder die Vernichtung der gesetzlichen Ordnung des Staates oder der Gesellschaft abzielende Bewegung oder Organisation anregt oder leitet, und mit Gefängnis bis zu 3 Jahren einen jeden, der an einer solchen Bewegung oder Organisation tätig teilnimmt oder sie fördert. Wenn eine Ausdehnung des Begriffs des Aufruhrs, wie sie die Anklagebehörde im Prozeß Szanto versucht, zulässig wäre, so hätte es jenes Gesetzes offenbar nicht bedurft.

Das wirksamste Zugeständnis der Unmöglichkeit der Anklage liegt aber in der Stellung der Angeklagten vor das Standgericht, denn sie läßt klar erkennen, daß die für das Verfahren verantwortlichen Behörden von einer mit den Garantien der Strafprozedur umkleideten Verhandlung sich die Erreichung des gewünschten Erfolges nicht versprechen.

Das standgerichtliche Verfahren ist zum Ueberfluß gesetzlich unzulässig. Denn durch ein ungarisches Gesetz vom Jahre 1922 sind alle Sondergerichte aufgehoben worden. Eine spätere Verordnung von 1925 erklärt zwar die Einsetzung von Standgerichten für zulässig, aber ihr Wortlaut läßt es nicht zweifelhaft erscheinen, daß die summarische Aburteilung nur dann gerechtfertigt wäre, wenn der „Aufruhr“ der 53 sich gegen die Interessen der Kriegführung gerichtet hätte, und Ungarn ist gegenwärtig von einer Kriegsgefahr nicht bedroht. Der Vollständigkeit halber sei noch angeführt, daß das Standrecht vor der Erhebung der Anklage gegen Szanto nicht verhängt worden ist.

## Kein Kredit für Mologa und Ufa.

### Die Auffassung der Reichsregierung.

Wie der Soz. Pressedienst weiß, hat sich die Reichsregierung gestern mit dem Stand der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen beschäftigt. Außerdem hat sie sich mit den Subventionsanträgen der Mologa und der Ufa befaßt. Ein endgültiger Beschluß wurde zwar nicht gefaßt, aber es besteht nach der allgemeinen Auffassung innerhalb der Reichsregierung kaum ein Zweifel darüber, daß sowohl ein Kredit für die Ufa als auch für die Mologa nicht in Frage kommt.

Zu den Beratungen über die Mologa-Angelegenheit erfahren wir noch:

Das Reichskabinett hat sich gestern mit der Angelegenheit der Mologa-Gesellschaft beschäftigt, an der deutsches und russisches Kapital beteiligt ist. Es handelte sich um die Frage einer Beteiligung des Deutschen Reiches an der Sanierung der Mologa. Eine solche Beteiligung ist am 11. März von der Erfüllung gewisser Vorbedingungen abhängig gemacht worden, die eine rationelle Arbeit der Mologa in Zukunft sichern sollen. Es handelt sich um eine finanzielle Entlastung von bisher bestehenden Verpflichtungen, um eine Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen und um eine Prüfung des Status der Mologa durch Sachverständige. Diese Voraussetzungen waren zum Teil von russischer, zum Teil von deutscher Seite zu erfüllen. Bis zum 31. März müßte eine Einigung erfolgt sein, da die großen russischen Wechselforderungen an die Mologa bis zum 31. März prolongiert worden sind. Diese Einigung ist bisher nicht erzielt und es ist sehr fraglich, ob sie bis zum 31. März erreicht sein wird. Darum ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß eine Liquidation der Mologa eintreten wird.

## Der Haushalt des Reiches.

### Das Kompromiß des Bürgerblocks angenommen.

Der Beratung des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung wurde vom Ausschuß für den Reichshaushalt in der Sitzung vom Montag begonnen und am Dienstag beendet. Zu diesen Sitzungen lagen die Anträge der Regierungsparteien für die Bilanzierung des Etats vor. Aus ihnen erhellt, daß durch die bisherigen Beschlüsse des Reichstages eine

### Mehrbelastung des Etats von 729 Millionen

eingetreten ist. Diese sollen gedeckt werden teils durch Erhöhung der Einnahmeschätzungen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer und Einsetzung des Uberschusses aus dem Jahre 1926 und des Betriebsmittelfonds, teils durch Kürzung von sozialen Ausgaben, darunter von 5 Millionen für die Kinderleistungen.

Im Laufe der Beratung nahm der Reichsfinanzminister das Wort, um sich dagegen zu verwahren, daß er irgendetwas verheimlichen oder retuschieren wolle. Er werde dem Parlament stets mit größter Offenheit gegenüberstehen. In eine Polemik mit seinem Amtsvorgänger Dr. Reinhold werde er nicht eintreten, es erlaube ihm ein unmöglicher Zustand, daß der frühere Minister Zeitungsartikel gegen ihn erscheinen lasse, auf die er dann im Parlament antworten solle.

Genosse Dr. Hertz erkennt mit den übrigen Diskussionsrednern

den großen Ernst der Finanzlage an. Ja, er sehe noch schwarzer als die Vorredner, denn es stehen große Ausgaben im außerordentlichen Haushalt, die auf den ordentlichen Etat gehören, und daher nicht aus Anleihemitteln, sondern

### aus laufenden Mitteln bestritten werden müßten.

Er nenne die Kreuzerbauten, Erwerbslosenfürsorge. Ferner seien mindestens auf drei Gebieten Forderungen zu erwarten, für die keinerlei Deckung vorhanden ist. Die notwendige Erhöhung der Beamten-, Kriegsbeschädigten-, Liquidationsbeschädigtenbezüge werde mindestens 200 bis 300 Millionen erfordern. Von der Mitteilung des Ministers, daß ein Auskommen von 1 200 Millionen Mark die Höchstgrenze für die Lohnsteuer sein soll, nehme er Kenntnis, ebenso daß ein Mehr zur Senkung der Lohnsteuer Verwendung finden solle. Die Aufrechterhaltung der Zuckersteuer sei aber sehr bedenklich. Die Notwendigkeit zur Drosselung der sozialen Ausgaben müsse er bestritten. Man hätte solche Streichungen nicht nötig gehabt, wenn man die Garantie des Reiches für die Länder und Gemeinden hätte weglassen lassen. Die dadurch freigewordenen 65 Millionen hätten gerade genügt, um die 16 Millionen für die gestrichenen sozialen Zwecke und die gestrichenen 50 Millionen für Erwerbslosenfürsorge flüssig zu bekommen. Die Kinderleistung sei früher unabweislich Reichsausgabe gewesen. Gerade die Streichung dieser 5 Millionen werde im In- und Auslande den denkbar ungünstigsten Eindruck machen.

In der Abstimmung wurden sämtliche Anträge der Bürgerblockparteien angenommen, die der Opposition abgelehnt.

## Ruhe in Schanghai.

### Die amerikanische Kreuzermannschaft wieder eingeschifft.

Washington, 29. März. (W.B.) Das Marineministerium hat die Meldung erhalten, daß die gestern in Schanghai gelandeten Mannschaften des Kreuzers „Blissburgh“ an Bord des Schiffes zurückgekehrt sind, da heute in Schanghai Ruhe herrscht.

### Neue amerikanische und japanische Truppentransporte.

Washington, 29. März. (W.B.) Admiral Williams teilte dem Flottenministerium mit, daß Japan das Kriegsschiff „Hirado“ und acht Zerstörer nach Schanghai entsendet und daß fünfhundert weitere japanische Soldaten gelandet worden sind. Die Mobilisierung weiterer Marineeinheiten in den Vereinigten Staaten geht rasch vor sich. Die 1500 Mann Marinetruppen, die am Sonnabend Befehl erhalten haben, nach China zu gehen, werden jetzt in Philadelphia, Quantico und anderen Plätzen mobilisiert und werden wahrscheinlich Anfang nächster Woche von San Diego abdampten. Diesem Transport wird ein Marinefluggeschwader beigegeben, das aus zwölf Bombenflugzeugen und Kampfflugzeugen besteht.

Der deutsche Gesandte in Warschau, Genosse Ulrich Rauscher, ist am Montag in Berlin eingetroffen. Der polnische Gesandte in Berlin hat sich nach Warschau begeben. Die Reisen der beiden Diplomaten stehen mit der Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen im Zusammenhang. Es ist anzunehmen, daß diese Verhandlungen nach der Rückkehr Rauschers endlich wieder in Gang kommen.

Die Menschheit kann dem, was in Ungarn geschieht, nicht interesselos zusehen. Mögen aus allen Ländern Stimmen sich erheben lassen, die die ungarischen Nachbarn darüber belehren, daß das von ihnen geleitete Land in der Gefahr steht, den Namen eines Kulturgebietes zu verlieren! Bismarck hat einmal gesagt, daß im Kriege das Wohlwollen des kleinsten neutralen Staates den Wert zweier Armeekorps ersetzt. Dieses Wort gilt nicht nur im Kriege, und auch die Zu- oder Abneigung von Parteien hat ihre Bedeutung. Der Verlust der Sympathien der Demokratie der ganzen Welt ist für ein Volk, das ihn ertragen muß, ein Unglück. Möge die ungarische Regierung daran denken und ein Verbrechen verhindern, das, mögen die Angeklagten was immer getan haben, größer wäre als das ihrige.

## Bürgerblockzentrale im Zentrum. Scharfe innere Auseinandersetzungen.

In der „Germania“ setzt sich der Reichstagsabgeordnete Joos zur Wehr gegen eine anonyme Schriftzentrale in Bonn, die Aufsätze mit folgendem Begleitschreiben ver- schickt:

„Gegen das heutige M.-Stadtbacher „Zentrum“, gegen seinen Terrorismus, seine Verlogenheit und Geschäftigkeit ist keine mildere Kampfweise möglich. Wir werden uns erlauben, Ihnen, wie auch zuweilen bisher schon, so auch in Zukunft regelmäßig, jedesmal streng vertraulich, Artikel zur Information und entsprechenden Publikation ohne jede Quellenangabe zu überreichen.“

Unsere vor vier Monaten gegründete Zentrale für den Zusammenschluß und zielbewußten Kampf des deutschen katholischen Volksteils im Sinne des deutschen Bürgerblocks und Bürgertums hat sich höchst segensvoll entwickelt.

Gegen M.-Stadtbach, Severing, „Berliner Tageblatt“, „Für Glaube, Volk und Vaterland“, „Christlich, sozial, vaterländisch!“ Zusammenschluß aller derer, denen Glaube, Volk und Heimat das höchste ist; aller in Stadt und Land, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, katholisch und evangelisch. Unter dieser Parole ist jetzt im schweren Kampf das Reich erobert; Preußen muß folgen! Mit treu christlichem und treudeutschem Gruß.“

Joos weist deutlich auf den inneren Zusammenhang der Leute dieser Zentrale mit den „Integralen“ von ehemals hin, die im Gewerkschaftsstreit das Wort führten.

Diese Zentrale gehört zu jenen Kräften, die das Zentrum endgültig und prinzipiell auf den Bürgerblock festlegen wollen. Die Flucht in die Dummheit, die Joos antritt, läßt scharfe innere Gegensätze und Auseinandersetzungen ahnen.

## Kampfmethoden der Reaktion.

### Zusammenbruch einer nationalistischen Hege.

Wie erinnerlich wurde im Mai vorigen Jahres nach zehntägiger Verhandlung vom großen Schöffengericht in Nordhausen der Landrat des Kreises Nordhausen, Genosse Knodt, und seine beiden Sparkassenleiter zu empfindlichen Geldstrafen verurteilt, weil man glaubte, ihnen Untreue im Sinne des § 266 II StrG. nachgewiesen zu haben. Die Berufungskammer hob in diesen Tagen das Schöffengerichtsurteil auf, sprach die Angeklagten frei und legte die ganzen Kosten des Verfahrens der Staatskasse auf. Dazu wird uns aus Nordhausen geschrieben:

Zur Vorgeschichte des Prozesses sei kurz folgendes geschildert. Der Landrat Genosse Knodt wurde wegen seiner politischen Einstellung, trotz anerkannter objektiver Amtsführung, mit einer Leidenschaftlichkeit bekämpft, die mit einem ausländischen politischen Kampfe nichts mehr gemein hatte. Der Vertreter der Regierung, ein Landrat des alten Regimes, mußte dem Genossen Knodt vor Gericht bezeugen, daß er in den Sturmzeiten 1923/24 sein Amt voll und

ganz ausfüllte. In wenigen Tagen wurde er damals, es war im August 1923, der Lebensmittelunruhen Herr, die in seinem Kreise von Kommunisten angezettelt worden waren. Durch Bewilligung eines zweiten Markenscheines für alle Brotartenempfänger wurde den Unruhen der Nährboden entzogen. In den kritischen Tagen der Höchstinflation sicherte der sozialistische Landrat Knodt, der in kluger Voraussicht der Entwicklung der Dinge schon Monate vorher sein Kreisamt geschaffen hatte, Tausenden von Arbeitern, Beamten, Angeestellten und Rentnern Lohn und Gehalt. Das Wirken des Landrats wurde damals allgemein anerkannt.

Da kam die Stabilisierung der Währung. Seine Sparkassendirektoren, insbesondere der Leiter der Bankabteilung, verstanden es nicht, sich schnell genug umzustellen. Sie nahmen teure Gelder herein, mußten sie hereinnehmen, weil das Vermögen der Kasse von der Inflation aufgezehrt worden war, um mit den Zinsgewinnen allmählich wieder eigenes Betriebskapital zu schaffen. Um Kundenschaft für die neue Bank zu werben, gaben die Direktoren nicht genügend gesicherte Kredite und erlitten infolge des Wirtschaftszusammenbruchs Verluste. Zwecks Geldbeschaffung wurde ein Wechselgeschäft eingegangen, das dem Kreise Schaden infolge brachte, als die spätere Kreisverwaltung sich trotz eines günstigen Kammergerichtsurteils entschloß, die Wechsel, die auf eigenartige Weise in den Besitz der Preussischen Staatsbank gekommen waren, für 175 000 M. zurückzukaufen. Für all diese Verlustgeschäfte suchte man den verhassten sozialistischen Landrat verantwortlich zu machen, der sich durch die Gründung des Reichsbanners und sein mannhaftes Eintreten für die republikanische Staatsform im Kampfe gegen Stahlhelm und sogenannte vaterländische Verbände noch besonders verhasst gemacht hatte. Monatelang tobte eine schwere Pressehege. Mit den gemeinsten Verleumdungen wurde gegen den Landrat gearbeitet, um ihn schließlich zu zermürben. Das Vertrauen zur Kreisparokasse war infolge der öffentlichen Hege mit einem Schlage dahin, der Sturm auf die Kasse begann, der Zusammenbruch kam, obgleich er sich bei ruhiger Behandlung der Angelegenheit hätte vermeiden lassen. Der deutschnationalen Rittergutsbesitzer Römer, der früher erklärt hatte, daß der Landrat Knodt seine ganze Kraft eingeseht habe, die Kreisparokasse zu heben, daß die unter seinem Befehle vorgenommene Revision der Kasse zu keinen Beanstandungen Anlaß gegeben habe, stellte sich nun an die Spitze der Hege. Sie ist nun zusammengebrochen.

Landrat Knodt wurde damals von der preussischen Staatsregierung zur Disposition gestellt. Die Berufungsverhandlung hat ihn mit dem Freispruch rehabilitiert. Ob die politischen Gegner aus dem Zusammenbruch ihrer demagogischen und gemeinschädlichen Hege, die ja nicht vereinzelt dasicht, lernen werden?

## Die Röttewitz-Affäre.

### Die Aussage Wurtzschers im Barmat-Prozess.

Im Barmat-Prozess wurde heute der Sohn des ehemaligen Inhabers der Röttewitz-Fabrik, Wurtzschers, vernommen. Aus seinen Aussagen geht hervor, daß zunächst sein Vater wußte, daß es sich bei den Geldern der rheinländischen Käufer um Postgelder handelte. Sein Vater hatte auch den Eindruck, daß Lange-Hegermann, der Vertrauensmann sein sollte, Teilhaber war. Vor dem Rechtsvertreter der Familie in Leipzig hat sich Lange-Hegermann als Partner ausgegeben. Postum ergab sich das dann aus der Eintragung ins Handelsregister.

Auf Veranlassung von Rechtsanwalt Wggodzynski erklärte der Zeuge noch, sein Vater habe sich im Juli 1924 in Dresden an den Prälaten Schreiber gewandt, daß das Kaufgeld später so spärlich fließe. Prälat Schreiber habe darauf gesagt: „Wieso so spärlich, das Geld kommt doch von der Post.“ R.-A. Wggodzynski wies darauf hin, daß Prälat Schreiber demnach in dieser Frage, aber auch in anderen, sich bei seinen Aussagen zuungunsten des Angeklagten Lange-Hegermann geirrt habe, denn Prälat Schreiber habe vor einigen Tagen vor Gericht bekundet, er habe erst bei der Erörterung der Barmat-Angelegenheit erfahren, daß das Geld von der Post komme.

## Es kommt der Hugenberg-Film!

Von Hans Bauer.

Mit Geld kann man alles machen. Mit Geld kann man sich einen Waggon Heringe kaufen, kann man ein Schmierseifengeschäft eröffnen, kann man sich Druckpapier und den dazugehörigen Redakteurstab anschaffen. Mit Geld kann man Filme drehen. Herr Hugenberg besitzt Geld. Ursprünglich hat er sich, als Vorstandsmitglied des Krupp-Direktoriums, industriell betätigt. Dann ist er zum Verlagswesen übergeschwenkt und hat sich durch die Veröffentlichungen über Anastasia ein diebendes kulturelles Verdienst um das deutsche Volk erworben. Nunmehr wendet sich Hugenberg auf das Kino — und es ist kein Geheimnis, wohnaus er damit will.

Wir haben selbstverständlich nicht zu gewärtigen, daß die Ufa-Produktion sich von nun an in Militär-, Adels-, Oberschleusenfilmen erschöpft. Ein Tropf ist der Hugenberg nun auch nicht gerade, und wenn er sich seine politische Propaganda auch etwas kosten lassen dürfte, so wird er nicht zugrunde gehen wollen an ihr. Nein, Hugenberg wird bedächtlich sein. Sein Einzug in die Ufa wird sich nicht so sehr im positiven Sinne einer Attacke auf das Kinopublikum mit „Berliner Lokal-Anzeiger“-Themen auswirken, als im negativen Sinne einer weiteren Verimpfung des Spielplanes. Gar so viel zu verderben ist ja nicht mehr. Für ein paar schöne, starke Filme wollen wir dem größten deutschen Filmkonzern immer dankbar sein: für „den letzten Mann“ etwa, für „den müden Tod“. Die überwältigende Mehrheit seiner Produktion aber besteht aus Richtigkeiten oder wie „Metropolis“ aus raffiniertem Overtakt. Hugenberg wird das nun alles noch ein wenig ins Politisierende abbiegen — nicht zu sehr, daß man nicht so merkt, aber dafür um so beständiger, um so nachhaltiger. Welches Mittel wäre denn heute auch geeigneter, auf Massen zu wirken, als der Film! Zunächst einmal ist das Kino im Kino überhaupt zu erhalten. Man trifft es dort an. Das Kino ist längst der abendliche Aufenthaltsort der Hunderttausende geworden, die sich entspannen wollen. Dann wird aber vor allem im Kino nicht allzuviel nachgedacht. Bilder tropfen viel müheloser als Worte in die Menschenseele. Hier gibt's nicht viel zu überlegen. Den Film nimmt man ziemlich passiv in sich auf. Er spült sich von allein hinunter. Der Primitivste versteht seine Sprache.

Hugenberg ist der Herr dieser Sprache geworden. Kraft seines Geldvermögens bestimmt er fürderhin ein erklärter Feind der deutschen Republik, ein Arbeiterverächter, ein Putschistenfreund und Femeibeschützer in hohem Grade die deutsche Filmproduktion.

Es wäre eine ewige Schmach und Schande für alle Menschen, die es ernst meinen mit ihrer Freiheits-, Friedens- und Fortschrittsgestaltung, wenn sie in dieser Situation Herrn Hugenberg kampflös das Feld räumen und sich in ihr Schicksal willenlos ergäben, und

schließlich kann ein politisches Bekenntnis sich begraben lassen, das zu nichts anderem taugt als zu unverbindlichem Stammtischgerede, einem gelegentlichen Demonstrationmarsch und der Stimmzettelabgabe am Wahltag.

Es gibt, auch im Alltag Charakter zu zeigen, mit der Betätigung seiner Gefinnung kurz nach dem Aufstehen zu beginnen. Wogeh kann man eine Konzernproduktion nicht in Bausch und Bogen kopflosieren, wie etwa die Bestände des „Berliner Lokal-Anzeigers“. Aber man kann Obacht geben. Man braucht nicht jedem Dreck des Hugenberg aufzuliegen. Hugenberg ist viel mehr angewiesen auf uns als wir auf ihn. Es gilt, ihm zu beweisen, daß wir auf Bürgerblockfilme verzichten, daß die überwältigende Mehrheit Deutschlands sich den Inhalt seiner Erholungsfunden nicht von Finsterlingen vorschreiben läßt. Resistenz deshalb gegen das simonidische Laulingszeug mit dem Pferdefuß, das wir zu erwarten haben. Bereitschaft zur Opposition! Wir wären verächtlich, wenn wir eine neue Welle von Emden-, Friedericus-, Potsdammadwerk in Treue stark ertragen, wenn wir wahllos alles genossen, was ein hundeschändlicher Wucher uns vorsetzt. Aufklärung von Haus zu Haus, von Treppentritt zu Treppentritt! Es muß durchsickern, daß Film Kunst sein kann, daß aber von Herrn Hugenberg nur die Verfolgung seiner Interessen zu erwarten steht. Seinen Leib muß der Arbeiter dem Kapital ausliefern. Mit seinem Geist braucht er das nicht ohne weiteres zu tun. Der „Lokal-Anzeiger“ kommt zurecht, wenn ihn die geistig Zurückgebliebenen der Reichshauptstadt lesen. Die Ufa kommt mit diesen Leuten allein nicht zurecht. Sie braucht mehr. Sie braucht den Arbeiter, den Handwerker, die Hausfrau. Ohne sie sind Hugenberg und Bausch aufgeschmissen. Es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn das Proletariat Deutschlands, das eine Zukunft nach seinem Willen zu schmieden gedenkt, vorerst nicht wenigstens in der geistigen Kraft seinen Geschmack durchzusetzen verstände.

Kugen auf, Sozialisten, Republikaner! Hugenberg hat euer Geld . . . jetzt soll er aber nicht auch noch euch selber bekommen!

Theodor Däubler sprach auf Einladung der hiesigen griechischen Gesandtschaft über seine in vierjährigem Aufenthalt in Griechenland gewonnenen Eindrücke. Den demokratischen Grundgedanken, der heute das griechische Volk bewegt, wollte der Redner bereits im antiken Mythos erkennen. Gerechtigkeit und Nächstenliebe enthüllen sich dem Beobachter in bemerkenswerten Jügen. Ein Vorgang von klassischer Größe war beispielsweise der freiwillige Auszug von Tausenden von Schiffen aus allen Häfen des Landes, um die anderthalb Millionen von den Türken vertriebenen Griechen in das Vaterland zurückzuführen. In dichterischer Sprache schilderte Däubler die Gastfreundschaft, die das griechische Volk jenen griechischen Opfern des Weltkrieges bewiesen hat. Das noch in den Anfängen industrieller Entwicklung stehende Land zeigt auch sonst in Baufest und Lebensgewohnheiten, Spuren der alten einfachen Großzügigkeit. Das Volk ist friedliebend (wie übrigens jedes andere

## Der Genfer Abrüstungskampf.

### Veranstaltung für Einbeziehung der Reservistenzahlen.

Genf, 29. März. (Eigener Drahtbericht.) In der Montag-Nachmittags-Sitzung der vorbereitenden Abrüstungskommission traten der holländische Delegierte Rutgers und Graf Bernstorff ausführlich der französischen These über die Nichtbeziehung der Reservisten in den Abrüstungsplan entgegen. Die ausgebildeten Reservisten bilden die größte Angriffskraft, was auch von den hohen Militärs in Versailles bewiesen worden sei, indem sie, um die deutsche Wehrkraft zu brechen, deren Reservisten gänzlich unterdrückten. Ein Ausgleich für die ausgebildeten Reservisten könne erzielt werden durch Verkürzung der Dienstzeit und Verkleinerung der Rekrutenkontingente, was durch Verschärfung der ärztlichen Ausmusterung sowie durch das Los erreicht werden könnte, ohne das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht zu durchbrechen. Auf eine Bemerkung de Brocares, daß der Vertrag von Versailles hier nicht zur Diskussion herangezogen werden könne, erwiderte der deutsche Delegierte, daß der Vertrag von Versailles und Artikel 8 des Völkerbündepaktes gerade die Grundlage des Abrüstungskampfes bilden könnten, was nicht übersehen werden dürfe. Im übrigen sei er mit de Brocares einverstanden, daß die Deutschland auferlegte Abrüstung die denkbar schlechteste sei, weil sie mit großen Kosten die geringste Auswirkung erzeuge. Graf Bernstorff erinnerte zum Anschluß an ein französisches Zitat, welches lautet: „Meine Herren! Nun ist die Abrüstung an euch!“

## Die verfallte Sowjetbureaucratie.

### Auffrischung sogar durch „Parteilose“ notwendig.

Moskau, 29. März. (O. E.) Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion beschäftigt sich mit der Durchführung einer Maßnahme, die dem herrschenden Regime in den breiten Volksmassen Anhang sichern soll. Es ist dies die Aussonderung von Arbeitern und Bauern aus der großen Masse, die in mehr oder weniger verantwortliche, in einzelnen Fällen auch leitende Stellungen in der Staatsverwaltung und Industrie berufen werden. Diese Maßnahme wird offiziell mit dem Wort „Heraushebung“ bezeichnet. Die Sowjets, die verschiedenen Staatsbehörden und Betriebe werden von der KP. nachdrücklich an ihre Pflicht erinnert, in ihrem Apparat Raum zu schaffen für befähigte Vertreter des Proletariats. Besonders wird die Notwendigkeit betont, neben Kommunisten auch parteilose Arbeiter heranzuziehen. Da die Erfahrung gezeigt hat, daß die „Herausgehobenen“ von den Leitern der Behörden und Unternehmungen meist ungern gesehen werden, wird letzteren die Verantwortung für eine zweckmäßige Beschäftigung dieser dem Proletariat und der Bauernschaft entnommenen Beamten auferlegt.

## In die Verbannung.

### Mussolinis Gewaltherrschaft gegen Wissende.

Aus Mailand wird uns berichtet: Der bekannte Journalist Carlo Silvestri, früherer Redakteur des „Corriere della Sera“, der seit einiger Zeit im Gefängnis von Como inhaftiert war, wurde zu fünf Jahren Verbannung auf eine der berüchtigten Deportationsinseln verurteilt. Im Verlauf der Affäre Matteotti hatte Silvestri ohne Scheu Mussolini der Teilnehmerschaft an der Ermordung des sozialistischen Abgeordneten beschuldigt. Er empfing vom Abgeordneten Finzi, damals Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, genaue Nachrichten über die Existenz der faschistischen Tscheta und die bestimmte Versicherung, daß der „Duce“ sich der Tscheta bedient habe, um die Sekretäre der italienischen sozialistischen Partei verschwinden zu lassen. Man wird begreifen, daß Mussolini ein starkes Interesse hat, einen so unbequemen Journalisten zu entfernen.

Dem sozialistischen Bezirkstag des Seine-Departements werden vier Resolutionen zur Parteipolitik vorgelegt, da die Resolutionskommission sich nicht einigen konnte.

Wolk), und seine angeborene Intelligenz läßt noch eine reiche Entwicklung erwarten. Der mit vielem Beifall ausgenommene Vortrag war ein schätzenswerter Schritt auf dem Wege zur Verständigung unter den Völkern.

**Beethoven-Literatur.** Die Stadt Berlin widmet Beethoven ein besonderes Gedächtnis- und Festprogramm, in dem Dr. Kurt SINGER eingehend die Beziehungen Beethovens zu Berlin schildert. — In knapper Form hat P. WEGLER alles Wesentliche aus den Briefen, Gesprächen, Erinnerungen Beethovens in seinem Beethoven-Büchlein zusammen, das im Propyläen-Verlag erschien. — „Der junge Beethoven“ ist Titel und Inhalt eines Romans von Felix HUCH, der Beethovens Jugend einbringlich und befeelt behandelt (Verlag Wilhelm Langewiesche-Brandt, Ebenhausen bei München). — Paul FRIEDRICH widmet in den „Ewigem Rächten“ (Concordia, Berlin) zwei Künstlerstudien von drei Beethoven („Giuletta Guicciardi“ und „Der Tod eines Helden“).

**Senkrecht landende Flugzeuge.** Technisch am wenigsten vervollkommen und dem Idealzustand genähert sind die Landungsbedingungen der Flugzeuge. In, das Landen ist auch heute noch immer eine umständliche Sache, die nur auf großen und gut eingerichteten Flugplätzen bequem zu machen ist. Solche Flugplätze sind aber recht teuer, und solange man nicht überall glatt landen kann, ohne eine große Fläche zu brauchen, ist das Flugzeug kein so allgemeines Verkehrsmittel wie das Auto. Gelänge es, senkrecht landende Flugzeuge zu konstruieren, so wäre das Problem gelöst. Schon vor dem Kriege versuchte man es vergebens mit Schraubenschneidern, Kaverisern, baut man nun in England ein Windmühlensflugzeug „Autogiro“, das allen Anforderungen eines modernen Flugzeugs entspricht und nahezu senkrecht landen soll. Im regelmäßigen Flugverkehr ist der Typ allerdings noch nicht erprobt und auch über die Wirtschaftlichkeit liegen keine Meldungen vor.

**Schauvielerstellung im Kleinen Theater.** Für die Jubiläumsgesellschaft der Bühnengemeinschaft gelangt Donnerstag, 4. Uhr, „Die goldene Salce“ in der Bremerbesetzung zur Aufführung. Karten nur im Bureau Reichstraße 11.

**Halle? Hier Republik!** In der Titel der Nachtrevue, die am 1. April, abends 11,15 Uhr, im Neuen Theater am Zoo zur Aufführung kommt.

**„Das schollende Amerika“**, der ausgezeichnete Amerikaner, den Überingenieur Treder mit Hilfe des Nordh. Klapp geschaffen hat, wird in der Uraufführung bis zum 10. April mit dem begleitenden Vortrag des Schöpfer wiederholt. Der Film läßt wie kein zweiter uns in das wirtschaftliche Amerika ein.

**Wissenschaftler Verein.** Mittwoch 8 Uhr spricht Gorgenstraße 34-36 Herr Hilker v. Volzgen über „Horizonte im Luftverkehr“. (Mit Lichtbildern.) Karten am Saaleingang.

**Vorlesung.** Der Arbeiterdichter Heinrich Lersch wird Dienstag, 8 Uhr, im Theateraal in Gemeinschaft mit Ernst Jünger aus eigenen Werken vorlesen, aus Unveröffentlichtem. Karten bei Vöte & Vöte und A. Wertheim.

**Beethoven-Stiftung.** Der Rat der Stadt Leipzig hat mit Zustimmung der Stadtverordneten eine Beethovenstiftung mit einem Kapital von 50 000 M. errichtet, deren Erträge den Nachwuchs für Orchesterinstrumente fördern sollen.

# Deutsche Studentenschaft.

Gegen die Republik — für Pöbel-Antisemitismus.

Der völkische Vorstand der Deutschen Studentenschaft hat das seltene Talent, in alle Feindnäpfe zugleich zu treten. Nachdem er sich in seinem blindwütigen Kampf gegen den preußischen Kultusminister eine Niederlage geholt hat, die ihn der wohlverdienten Bächerlichkeit preisgibt, läßt er jetzt durch den Hochschulring die bisherigen Kampfesossen von der Deutschen Volkspartei anreden. Der Pressedienst der Deutschen Volkspartei begnügt sich damit, die neue Don Quixoterie mit einigen Veröffentlichungen aus der geistigen Schneidmehrfabrik des Hochschulringes zu beantworten. Da ist ein Flugblatt, das kürzlich an die Mitglieder des Hochschulringes verandt werden wird, in dem es heißt:

„Die Hebräer sind also de facto Vorzugsbürger in Deutschland; sie dürfen das tun, was man den Deutschen mit allen Mitteln der finsternen Reaktion und der Unterdrückung verwehren will — nämlich unter sich zu bleiben. Auf dieser Linie liegt auch der Kampf des preußischen Kultusministeriums gegen die Deutsche Studentenschaft. Der Kernpunkt dieses Kampfes scheint der zu sein: Die Deutsche Studentenschaft erstrebt ein Großdeutschland für die Deutschen, der preußische Kultusminister ein Großdeutschland unter vorherrschend jüdischem Einfluß.“

Derartig fundamentalen Enthüllungen gegenüber kann man nur die Waffen strecken. Aber es kommt noch besser. In einem Rundschreiben vom 20. Januar d. J. an die Ortsverbände beklariert der Vorstand des Hochschulringes seine Leitsätze. Sie gipfeln in dem pathetischen Ausruf:

„Und wenn wir weiter nichts zu tun wüßten an der Erziehung unserer akademischen Jugend, so wüßten wir doch wenigstens mit allen Kräften danach streben, das zu verhindern, was einst der preußische Kultusminister Dr. Boeckh als Aufgabe herausgestellt hat: Das Befahren zum heiligen Staat. In dem Augenblick, da man im vaterländischen Lager die nationale Opposition aufgibt, wird die Schär der Bekreuerlein nicht werden. Um so mehr müssen wir aber als Akademiker unser ganzes Verantwortungsbewußtsein aufbieten, um wenigstens in unserer Reihen eine wenn auch noch so kleine Kerntruppe der Träger einer völkischen Staatsidee, eine innerlich feste Schär der jungen Generation und damit des jungen Rationalismus zu bilden.“

Das Bekenntnis, das hier vorgebracht wird, richtet sich nicht nur gegen die Deutsche Volkspartei, sondern auch gegen die Deutschen Nationalen. Was wollen nun eigentlich die völkischen Präzedenzen des Hochschulringes und der Deutschen Studentenschaft? Indem sie ihre Linie gegen alle politischen Parteien von Geltung verpflügen, führen sie den Beweis, daß zumindest ihre politische Führung keinen Anspruch darauf hat, ernstgenommen zu werden. Da ihre geschäftliche Führung mehr als einmal zu öffentlichen Skandalen geführt hat, die einen privaten Geschäftsmann ein für alle mal erledigen würden, ist es erstaunlich, daß ihnen das Recht zur Führung noch nicht abgesprochen worden ist. Die Deutschen Studentenschaften sehen sich damit der Gefahr aus, daß jener Geist absoluter Unzulänglichkeit, der sich in ihrem völkischen Vorstand breit macht, auch bei den anderen vorausgesetzt wird.

## Das Leichenpaket von Schildhorn.

Die Tote noch nicht festgestellt. — Suche mit Hunden.

Der grauenhafte Fund eines Frauenkörpers ohne Arme, Beine und Kopf in der Schildhornbucht beschäftigt die Berliner Kriminalpolizei unausgesetzt. Der Gerichtsarzt, Medizinalrat Dr. Böhrner, hat auch durch eine Königenaufnahme das Alter der Frau nicht bestimmen können. Die Unbekannte wird aber nicht unter 20 Jahre und sie kann wohl bis zu 35 Jahren alt gewesen sein. Die Knochen sind durchgefärbt und dann abgedrückt worden. Die Zerstückelung kann wohl nicht im Freien vorgenommen worden sein. Sie muß in einer Wohnung oder sonst einem geschlossenen Räume, in dem geeignete Instrumente zur Verfügung standen, erfolgt sein, und zwar erst kurze Zeit vor dem Auffinden des Leichens. Der Körper mag in der Nacht zu Montag oder vielleicht auch am Sonntag mit dem Auto bis Schildhorn, mit der Stadtbahn bis Grünwald oder mit der Straßenbahn bis Pichelsdorf hinausgeschafft worden sein. Seit heute morgen wird die ganze Gegend von Beamten mit 70 Spürhunden der Schutz- und Kriminalpolizei abgesehen. Die Fischer von Gatow und Gladow durchsuchen zu gleicher Zeit alles Rohr an den Ufern. Der Reichswasserschutz, Inspektion Spandau, sucht mit Booten und Fangseilen das Wasser ab. Auch gestern bereits nahm das Publikum an den Nachforschungen Anteil. Es wurden auch mehrere Pakete gefunden, die aber mit der Sache nicht im Zusammenhang stehen. Die unbekannte Tote ist nach den weiteren Untersuchungen wahrscheinlich von kleinerer, zierlicher Gestalt gewesen. Auch die Hemdhose aus rötlichgelber Tricotfaser deutet auf eine mittelschlankte Figur hin. Sie hat die Konfektionsnummer 44. Die Obduktion des Leichens wird wahrscheinlich heute nachmittag stattfinden. Für die Aufklärung des Verbrechens wird im Laufe des Tages eine Belohnung ausgeschrieben werden.

Ermahnenswert sind einige Kleiderfunde, wenn es auch noch sehr dahinsteht, ob sie mit dem Verbrechen einen Zusammenhang haben. So wurde auf der Halbinsel Schildhorn selbst ein Tuchkleid gefunden. Etwa zwei Kilometer in der Luftlinie von dem Fundort des Leichens entfernt lagen etwa 35 Schritte von der Südkurve der Inselbahn mehrere Sachen: zwei braune, einmal besetzte Halbschuhe mit gelben Metallspangen und in Filz eingefassten Korkeinsätzen von der Firma Stiller, ein Taschentuch mit Bretrand, ein gut erhaltener rotbrauner Tuchmantel, der mit schwarzem Velv besetzt ist und dessen Seitenspalten mit Spangen zusammengehalten werden. Zwei Knöpfe dienen zur Verzierung. Die Armeel haben Manschetten mit je einem Knopf. Weiter lag da ein schwarzer Filztopf mit schwarzem Riemenband und einem Kniff an der rechten Seite. Alle diese Sachen wurden für die weiteren Ermittlungen sichergestellt. Die Höhe der Belohnung, die ausgeschrieben werden wird, ist noch nicht festgestellt. Das Absuchen des Geländes ist noch nicht beendet.

## Der Presseverband hat es anders gemeint!

Zu dem Bericht über den Fall des Pfarrers Schnoor teilt der Evangelische Presseverband für Brandenburg folgendes mit:

Durch die Schnelligkeit der Berichterstattung ist fast der gesamten Presse ein Fehler in der Darstellung der Angelegenheit des Pfarrers Schnoor unterlaufen. Der Generalsuperintendent hat zu dem, was Gemeinde und Pfarrer in den letzten Tagen betroffen hat, erst nach dem Gottesdienst Stellung genommen. Er hat nicht davon gesprochen, daß der Schwager des Pfarrers Schnoor von Kommunisten erschossen worden sei, sondern er führte u. a. aus: Die Sistierung eines Pfarrers kommt im Urteil einer Landgemeinde einer Verhaftung gleich. Die Polizei mußte sich ihrer Verantwortung bewußt sein, daß es einer genauen Nachprüfung bedarf, ehe man einen evangelischen Geistlichen des Mordes beschuldigt. Nur ganz außerordentliche Umstände könnten es rechtfertigen, wenn die Polizei einen Geistlichen nach Berlin brachte, um ihn dort wegen einer derartigen Anklage zu verhören. Zum Schluß sprach der Generalsuperintendent die Erwartung aus, daß die Polizei das Amt eines evangelischen Geistlichen respektiere. Die

# Berliner in Potsdam unerwünscht.

Aber Stahlhelmer sind angenehm!

Daß der Potsdamer Magistrat bei der Pflege des Fremdenverkehrs seine eigenen Wege geht, konnten wir bereits in der Abendgabe des „Vorwärts“ vom Sonnabend feststellen, indem wir eine Anfrage unseres Potsdamer Parteiorgans mitteilten, in der der Oberbürgermeister von Potsdam gefragt wurde, ob es wahr sei, daß er die Teilnehmer der Stahlhelmmiagung im Mai begrüßen wolle und ob tatsächlich ein Mittagessen für die Hakenkreuzler auf Kosten Potsdams gegeben werden soll.

Daß der Potsdamer Stadtverwaltung an einem Besuch der in ihrer großen Mehrheit republikanisch gesinnten Berliner Bevölkerung nichts gelegen ist, ergibt sich auch aus der Stellungnahme, die der Magistrat gegenüber der vom Berliner Ressort im April veranstalteten Wochenendausstellung einnimmt. Dem Charakter der Ausstellung entsprechend, hatte das Ressort den größten Teil der Brandenburgischen Provinzialstädte zur Beteiligung aufgefordert, und eine Konferenz der Bürgermeister dieser Städte hatte sich in voller Würdigung der für die Provinzialstädte herausbringenden Vorteile für eine Beteiligung ausgesprochen. Auch Potsdam stellte, wenn auch zögernd, seine Beteiligung in Aussicht. Mittlerweile scheinen aber dem Potsdamer Magistrat doch Bedenken wegen des Zuzuges der Berliner Ausflügler gekommen zu sein. Es erfolgte kurz und bündig eine Absage. Da dem Ressort

der Selbstanschluss Potsdams nicht recht begreiflich erschien, da sich ja immerhin kleine und kleinste Provinzialstädte an der Ausstellung beteiligen, wurden Potsdam sogar finanzielle Erleichterungen zugesprochen, um zu verhindern, daß die Berlin am nächsten gelegene Stadt auf der Ausstellung nicht vertreten sei. Die Potsdamer Stadtverwaltung aber erklärte ganz einfach, daß ihre Beteiligung auf der Wochenendausstellung endgültig abgelehnt wäre und daß Potsdam darauf verzichte, als Wochenendausflugsort für die Berliner angesehen zu werden. Potsdam erklärte das sogar als eine „Preftigefrage“ für die Stadtverwaltung.

Die Potsdamer Stadtverwaltung scheint demnach also der Meinung zu sein, daß sie auf das Geld des republikanischen Berlin verzichten könne. Die Berliner sollten daraus die einzig mögliche Schlussfolgerung ziehen und Potsdam aus grundsätzlichen Erwägungen heraus meiden. Einen bequemen Anlaß dazu bietet die im Mai stattfindende, mit hervorragender Unterstützung des Potsdamer Magistrats arrangierte, Wasserportausstellung auf dem Gelände des Luftschiffhafens. Vielleicht gelingt es, den Berlinern unter Verzicht auf den Besuch der Berliner die 14 Tage währende Ausstellung täglich mit nur Potsdamer Besuchern zu füllen. Die Berliner sollten die Potsdamer mit ihren Stahlhelmen und Hakenkreuzern unter sich lassen.

in der Presse sich findenden Nachrichten, daß der Generalsuperintendent an die öffentliche Meinung appelliert habe und erwarte, daß die Sistierung zu einer Besprechung im Landtage führen werde, sind nicht Ausführungen des Generalsuperintendenten, sondern Kommentar des Evangelischen Presseverbandes für Brandenburg. Von einem Eingriff in ein schonendes Verfahren kann deshalb nicht die Rede sein. Es scheint demnach, als ob sich der Evangelische Presseverband der Presse gegenüber nicht unmissverständlich ausgesprochen hat, was man von einem Presseverband eigentlich nicht erwarten sollte.

## Einbrecher und Diebesgesindel im Osten.

Unsicherheit in den Siedlungen.

In einem Kampf mit Einbrechern wurde heute früh der Polizeioberwachtmann Ruch vom 242. Revier in Copenick durch Messerstiche am Kopf, den Händen und Oberarmen so schwer verletzt, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. In der Villa des Geheimrats L. in der Alhorallee 10 in Copenick wurde bereits vor zwei Monaten ein Einbruch verübt. Die Verbrecher machten damals erhebliche Beute. In der vergangenen Nacht geschah der zweite Einbruch, wahrscheinlich von derselben Kolonne, die wohl ausgekundschaftet hatte, daß die Geheimrätin etwas schwerhörig ist. Die Verbrecher drangen sogar in das Schlafzimmer der Hausfrau ein und stahlen u. a. einen großen Teppich und Pelzwaren und Wäsche, die sie in einem braunen Reiseflester packten. Als man in der Behausung aufmerksom wurde, verschwanden die Diebe mit der Beute. Man benachrichtigte das Ueberfallkommando. Oberwachtmann Ruch fuhr nach Hirschgarten. Dort wurde auf dem Bahnhof von dem Eisenbahnbeamten bereits ein Mann mit einem großen Koffer und einem Paket angehalten. Er rief sich aber wieder los und entfloh über die Schienen hinweg in den Wald. Dort mußten seine Komplizen auf der Bauer gelegen haben, um zu beobachten, ob er mit der Beute entkommen werde. Als sie sahen, daß ihm das nicht gelungen und daß ihm der Polizeibeamte auf den Fersen war, eilten sie ihm zu Hilfe und zogen ihre Messer. Der Beamte gab mehrere Schüsse ab, traf auch einen der Verbrecher am Kopf, erhielt selbst aber mehrere Stiche, die ihm am Kopf, an den Händen und den Oberarmen erheblich verletzen. Die Verbrecher entkamen in den Wald hinein und sind noch nicht ermittelt. Koffer und Paket enthielten den Teppich und die anderen Beutestücke aus der Villa.

Unsicherheit in Johannisthal. In Johannisthal ist gegenüber der Königsheide eine neue Siedlung entstanden. Auch sonst hat der Ort eine erhebliche Zunahme an Einwohnern zu verzeichnen. Seit etwa 14 Tagen häufen sich, insbesondere in der Siedlung, die Diebstähle an den Häusern. Alles, was nicht niert und nagelfest ist, die Dachrinnen, Regenrohre, Wasserhähne und ähnliches wird in den dunklen Nächten gestohlen. Die Polizei erklärt, daß sie für regelmäßigen Patrouillendienst in ausreichender Weise hier nicht sorgen könne, da es ihr an Mannschaften fehle. Da auch wiederholt abends heimkommende Bewohner von zweifelhaften Elementen angegriffen worden sind, scheint es in der Tat angebracht, daß das Polizeipräsidium dafür sorgt, daß hier wie in anderen Ortsteilen Berlins für einen ausreichenden Schutz der Bewohner genügend Beamte zur Verfügung stehen.

## Familiendrägödie in Berlin N.

Wastod einer Mutter mit ihren Kindern.

Als der Postkassierer W. heute früh vom Dienst heimkehrend, die Tür seiner in der Soldiner Str. 40 gelegenen Wohnung aufschloß, strömte ihm Gasgeruch entgegen. Nichts Gutes ahnend, betrat er das Schlafkammer, wo er seine 27jährige Frau Martha und die beiden Kinder Helmut und Robert im Alter von sechs und zwei Jahren in dem völlig mit Gas gefüllten Raum leblos auffand. Ein sofort herbeigeholter Arzt konnte nur noch den bei allen drei Personen vor mehreren Stunden eingetretenen Tod feststellen. Die Leichen wurden beschlagnahmt. Wie in so vielen Fällen sollen auch hier die wirtschaftlichen Sorgen und Nöte die Triebkräfte zu der unglücklichen Tat gewesen sein.

Ueber die Tragödie können noch folgende Einzelheiten nachgetragen werden: In dem gemeinsamen Schlafzimmer lagen die Ehefrau und die beiden Knaben regungslos in den Betten, auf dem Fußboden lag verendet die Rage. In einem hinterlassenen Briefe hatte Frau W. von ihrem Ranne Abschied genommen. Sie litt an Schwermut. Wirtschaftliche Sorgen, die sie besonders auch der Kinder wegen hatte, drückten sie besonders. Deshalb hatte sie den Entschluß gefaßt, mit ihnen aus dem Leben zu scheiden. Als ihr Mann gestern abend weggegangen war, hatte sie die beiden Knaben zu Bett gebracht, dann den Brenner von der Lampe abgeschraubt, so daß das Gas in großer Menge frei ausströmen konnte und sich hingelegt, um den Tod zu erwarten. Die Leichen wurden beschlagnahmt.

## Empfang der amerikanischen Akademiker.

Zus Anlaß der Lawesenheit der amerikanischen Professoren und Studenten in Berlin veranstalteten Magistrat und Stadtverordnete gestern abend im Festsaal des Stadthauses ein Konzert. Aus der Höhe des Saales grüßte das Sternbanner der Vereinigten Staaten und das Berliner Stadtbanner. Vom Dache des Stadthauses wehte die städtische und die Reichsfahne. Unter den Gästen sah man neben den 500 amerikanischen Professoren, Studenten und Studentinnen Vertreter der amerikanischen Botschaft, des Auswärtigen Amtes, des preußischen Staatsministeriums, des Amerika-Instituts und der Berliner Hochschulen. In seiner Begrüßungsansprache führte Oberbürgermeister Böck etwa folgendes aus: Wir bieten Ihnen in Berlin zum Empfang ein rauschendes Fest, aber wir begrüßen die Vertreter des geistigen Amerikas aufs freundschaftlichste durch die Kunst und durch

unserer Jugend. Der Besuch von Volk zu Volk schafft wertvolle Erkenntnisse, bringt die Völker einander näher, und es wird die Zeit kommen, da man keine Kriege mehr führt und man eine Kultur erreicht, von der wir noch nichts ahnen. Nach lebhaftem Händeklatschen sprach der Dekan der Universität New York, Bough, herzliche Dankesworte, und der Wiener Universitätsprofessor Dr. Eugen Oberhummer, der einzige Reisebegleiter der amerikanischen Akademiker aus einem anderen Lande, betonte in seiner Rede das einige Deutschum in Reich und Oesterreich. Der Schwarzmeiserische Kinderchor umrahmte die schöne Feier mit stimmungsvollen deutschen Volksliedern.

## Ein Erfolg der Einheitskennographie.

Am Sonntag fand in der Aula des Französischen Gymnasiums die Preisverteilung für das mit Unterstützung der Stadt Berlin für sämtliche Berliner Schulen in Einheitskürzschrift veranstaltete Preiswettbewerb statt. Die Beteiligung an dem Preiswettbewerb war über alles Erwarten groß gewesen. Schulen aller Kategorien beteiligten sich, Gymnasien und Realschulen, Mittelschulen und Volksschulen, Handelsschulen und Berufsschulen. Es wurde in zwei großen Abteilungen geschrieben, die nach dem Alter geschieden waren. Im ganzen konnten 229 erste, 80 zweite und 37 dritte Preise, zusammen 346 Preise verteilt werden. Durch die hervorragenden Leistungen der jugendlichen Schüler und Schülerinnen ist die Brauchbarkeit der Einheitskürzschrift durchaus bewiesen worden.

## Geschäftliche Mitteilungen.

Das Nebenerwerbsamt Grünberg, in Schöneberg, Hauptstraße 17, veranstaltet aus Anlaß seines 25jährigen Bestehens mehrere Jubiläumsvorlesungen. Die Firma hat für jedes Nebenerwerbsamt ihre Aushangkarte besorgt. Jeder Käufer erhält beim Einkauf von 25,- an ein persönliches Geschenk, außerdem wird während der Jubiläumstage ein Rabat von 10 Proz. gewährt.

## Wilhelm Claus

Nach einem Krankenlager von 8 Tagen ist Wilhelm Claus im 38. Lebensjahr gestorben. Er trat im 21. Lebensjahr in die freigewerkschaftliche Organisation der Hotelangestellten ein und stand bereits im 30. Lebensjahr in den vordersten Reihen. Im Jahre 1919 wählte ihn der Essener Zweigverein zum leitenden Beamten. Im Jahre 1921 trat Claus als Beamter des Berliner Zweigvereins seine Stellung in Berlin an. Seine glänzende rednerische Begabung und seine Fähigkeit, sich auf die Spitze der weltlichen Mitglieder des Verbandes einzustellen, brachte dem Zweigverein Berlin große Erfolge. Er hat bis zum letzten Augenblick seine Pflicht gegenüber seinen Kollegen und Kolleginnen erfüllt, rüstlos bemüht, für die Interessen der gewerkschaftlichen Arbeitnehmer einzutreten. Die Einäscherung findet am Freitag, dem 1. April 1927, abends 6 Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße statt.

## Die Metalltransportarbeiter zur Lohnvereinbarung.

Volles Vertrauen für die Verhandlungskommission.

Am Sonntagvormittag fand in den Andreaseställen eine gut besuchte Delegiertenversammlung der Transportarbeiter der Berliner Metallindustrie statt, die zu der Lohnvereinbarung mit dem BHM. Stellung nahm. Der Sektionsleiter, Genosse Fromke, wies zunächst darauf hin, daß sich das Delegiertensystem in der Organisation gut bewährt habe und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Delegierten auch im kommenden Geschäftsjahr bei ihren Entscheidungen von gewerkschaftlichen Grundsätzen leiten lassen mögen. Fromke berichtete dann ausführlich über die Lohnverhandlungen mit dem BHM., die mehrmals völlig zu scheitern drohten. Nach mehreren gänzlich unzulänglichen Angeboten der Unternehmer kam es schließlich zu einer freien Vereinbarung über die Transport- und Hilfsarbeiterlöhne. Danach tritt eine Erhöhung der Löhne um etwa 7 1/2 Prozent ein. Neber das Ergebnis ist im „Vorwärts“ bereits eingehend berichtet worden. Nach reichlicher Ermüdung kam die Lohnkommission einmütig zu der Ueberzeugung, daß es der richtige Weg sei, einen Vergleich abzuschließen. Fromke schloß seine Ausführungen mit einem Appell zu reger Propaganda für die Organisation, um für kommende Kämpfe gerüstet zu sein.

Nach kurzer, sachlicher Diskussion wurde folgende Entschlußfassung einstimmig angenommen:

„Die am 27. März in den Andreaseställen tagende Vollversammlung der Betriebsdelegierten der Sektion V nimmt Kenntnis von dem Bericht über die Verhandlungen, die zum Abschluß eines Lohnabkommens für die Mitgliedschaft der Berliner Metallbetriebe geführt haben. Sie erblickt in den erlangten Lohnzulagen keinen Ausgleich für die gesteigerten Lebenshaltungskosten und ist über die niedrigen Lohnzugeständnisse enttäuscht. Schärfer Protest erhoben die Versammelten gegen die lange Laufzeit des Abkommens bis zum 31. Dezember 1927, ohne daß kommende Leuerungssteigerungen greifbare Berücksichtigung gefunden haben. Der Verhandlungskommission wird volles Vertrauen ausgesprochen, weil die Versammlung des guten Glaubens ist, daß die Kommission das denkbar Beste für die Kollegenschaft gemußt hat.“

Eine weitere Entschlußfassung wendet sich gegen einzelne Paragraphen des Arbeitsvertrages, die eine Entlohnung für Arbeitsbereitschaft unberücksichtigt lassen. Ferner wurde die Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersversicherung auf 60 Jahre gefordert, weil es immer schwieriger werde, ältere Kollegen in den Betrieben unterzubringen. Für die Herabsetzung der Altersgrenze müßten sich auch die Arbeiterparteien

energisch einsehen. Schließlich wurde noch zu restloser Beteiligung an der Kaiserfeier aufgefordert, um in einer machtvollen Kundgebung dem Gedanken des Weltfriedens Ausdruck zu verleihen. Die Gewerkschaften als Vertreter der breiten Massen der Arbeiterschaft sind dazu in erster Linie berufen. Diese Entschlüsse wurden ebenfalls einstimmig angenommen.

### Die Handelsarbeiter im Margarinegroßhandel.

Die in den Berliner Margarine-Niederlagen beschäftigten Handelsarbeiter hatten ihre Organisation, den Verkehrsband, beauftragt, das bestehende Lohnabkommen zum 2. April zu kündigen und eine der Teuerung entsprechende Lohnhöhung zu fordern. In den Verhandlungen haben sich die Unternehmer bereit erklärt, den Arbeitern eine Lohnzulage von 1,25 M. pro Woche und dem Fahrpersonal eine etwas höhere Zulage zu gewähren. Die Arbeiter werden heute abend zu dem Angebot der Unternehmer Stellung nehmen und über seine Ablehnung oder Annahme entscheiden.

### Um die Transportarbeiterlöhne in den Buchdruckereien.

Der Verkehrsband hatte sich vor kurzem an den Verein Berliner Buchdruckereien gewandt, um für die in den Buchdruckereien beschäftigten Transportarbeiter einen Lohnsatz abzuschließen. Die Unternehmer haben jedoch jede Verhandlung darüber abgelehnt. Die Berliner Buchdruckereibesitzer haben vom Tarifgedanken eine ganz eigenartige Auffassung. Mit den Buchdruckern schließen sie Tarife nur unter dem Druck der Organisation ab. Bei den graphischen Hilfsarbeitern fügen sie sich nur der Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Schlichters. Mit der Minderheit der Beschäftigten, den Transportarbeitern, lehnen sie „grundsätzlich“ jede tarifliche Regelung der Löhne ab.

Kunmehr wird der Schlichtungsausschuss darüber zu befinden haben, ob die Transportarbeiter in den Buchdruckereien minderen Rechtes sein sollen als die übrigen Arbeiter. Nachher können die Buchdruckereibesitzer nicht genug klagen über die „Lohnbittatur“ der Schlichtungsbehörden, obwohl sie es selbst in der Hand haben, durch freiwillige Vereinbarung diesem „Diktat“ zu entgehen. Der Schlichtungsausschuss dürfte nach Lage der Dinge nicht umhin können, nachdem für die Mehrheit der Arbeiter in den Buchdruckereien die Löhne tariflich geregelt sind, auch eine tarifliche Regelung der Löhne für die Minderheit der Beschäftigten herbeizuführen.

### Schiedspruch für die Zigarettenindustrie.

#### Immer noch Überstunden ohne Zuschlag.

Für die Zigarettenindustrie wurde ein Schiedspruch gefällt, durch den die zurzeit gültigen Löhne ab 1. April um 10 Proz. erhöht werden. Damit gilt die Mehrleistung von April und Oktober als abgegolten. Die wöchentliche Arbeitszeit soll grundsätzlich 48 Stunden betragen. Für die ersten drei Überstunden wird kein Zuschlag, für die weiteren drei ein solcher von 10 Proz. und für alle weiteren Überstunden ein solcher von 25 Proz. bezahlt. Erklärungsfrist bis zum 4. April.

### Vertriebsratswählerfolge in Hamborn.

II. berichtet: Bei einer Wahlbeteiligung von 73,8 Prozent wurden bei den Betriebsratswahlen auf der August-Thyssen-Hütte für die Freien Gewerkschaften 5114, für die Christlichen Gewerkschaften 1701, für die Polen 292 und für die Liste der Jubilare 449 Stimmen abgegeben. Die Freien Gewerkschaften erhöhten ihre Mandatsziffer von 15 auf 16, die Christlichen Gewerkschaften erhalten wie bisher 5 und die Jubilare ein Mandat, während die Polen das ihnengehörige einzige Mandat verlieren. Im Gegensatz zu dem Uebergewicht der Freien Gewerkschaften bei der Arbeitergruppe steht das Wahlergebnis bei der Angestelltengruppe, wo die Christlichen Gewerkschaften vier und die Freien Gewerkschaften nur ein Mandat erreichten.

Auf der Feste Neumühl wählte am Freitag die Belegschaft ihren Betriebsrat. Als Stimmungsbarometer der Bergarbeiter kommt dieser Wahl eine erhöhte Bedeutung zu, zumal sie unter dem Eindruck der Verbindlichkeitserklärung des von den Gewerkschaften abgelehnten Schiedspruchs steht. In dem Wahlergebnis zeigt sich ein erheblicher Fortschritt der Radikalisierung der Bergarbeiter, der in dem Anwachsen der Stimmenzahl der Syndikalistischen um über 60 Proz. von 368 auf 643 zum Ausdruck kommt. Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter hat sich mit 420 (409) Stimmen und der Aite Bergarbeiterverband mit 1618 (1305) Stimmen gehalten. Die Polen, die bei der letzten Wahl nicht vertreten waren, erhielten 116 Stimmen.

### Mehrheit für den Buchdruckertarif im Gau Leipzig.

Die Urabstimmung der Buchdrucker des Gau Leipzig über den abgeänderten Manteltarif hatte, wie uns aus Leipzig gebracht wird, folgendes Ergebnis: Von rund 6500 Stimmberechtigten haben sich 5500 oder rund 85 Proz. an der Urabstimmung beteiligt. Von den 5456 gültigen Stimmen lauteten 3174 für Ja und 2282 für Nein. Der neue Manteltarif ist damit angenommen.

### Die fünfjährige Arbeitswoche in Amerika.

Das Arbeitsstatistische Amt in den Vereinigten Staaten hat im Anschluß an den Bericht Henry Fords, die Fünftage-Woche einzuführen, Feststellungen über den jetzigen Umfang der Fünftage-Woche angeregt, die sich auf 66 Orte und 764 506 Arbeiter erstreckten. Dabei wurde festgestellt, daß von allen einbezogenen Arbeitern 35 689 oder 4,7 Proz. das ganze Jahr hindurch die Fünftage-Woche hatten. Am häufigsten ist sie in der Bekleidungsindustrie, wo sie für fast ein Drittel der Arbeiter gilt.

### Tagung des anglo-russischen Komitees.

Moskau, 29. März. (D.B.) Die Delegation des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion, die zur Teilnahme an der am 29. März in Berlin beginnenden Tagung des anglo-russischen Komitees gewählt worden ist, hat sich nach Deutschland begeben. Mitglieder der Delegation sind Tomski, Dogadow, Andrejew und Reinitzschanski. Vor der Abreise der Delegation gab Dogadow den Vertretern der Sowjetpresse einige Erklärungen über die bevorstehende Tagung und wies dabei auf folgendes hin: Die bevorstehende Sitzung des Komitees ist die erste nach einer sehr langen Pause. In und für sich sind die Sitzungen des anglo-russischen Komitees nicht an bestimmte Termine gebunden und werden von Fall zu Fall einberufen, diesmal sei die Pause allerdings ungewöhnlich lang gewesen. Der Grund sei in den Meinungsverschiedenheiten zu suchen, die zwischen dem Zentralrat und dem Generalkomitee der englischen Gewerkschaften in Sachen des englischen Bergarbeiterstreiks entstanden waren. Jetzt scheint es nach Dogadows Meinung, als ob man der Einigkeit um mehrere Schritte nähergekommen ist.

### Um die Sprachenfrage.

Morgen, Mittwoch, den 30. März, beginnt in Genf die 25. Tagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes. Gleichzeitig tagen einige Ausschüsse, u. a. der Haushaltsausschuss, der Geschäftsordnungsausschuss und der Ausschuss für die Arbeit im Kohlenbergbau. Neben der Beratung des Haushalts, für den insgesamt rund 7,25 Millionen Schweizer Franken angelegt sind, wird bei dieser Tagung der Sprachenantrag der Reichsregierung eine sehr wichtige Rolle spielen. In diesem Antrag wird beauftragt gefordert, daß in Zukunft bei den von deutschen Delegierten in deut-

licher Sprache gehaltenen Reden sofort eine amtliche Uebersetzung durch das Arbeitsamt vorgenommen wird, und daß die sämtlichen Beschlüsse künftig außer in englischer und französischer auch in deutscher Sprache veröffentlicht werden.

### Ausperrung im dänischen Baugewerbe.

Kopenhagen, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Die dänische Arbeitgebervereinigung hat nunmehr den Beginn der Ausperrung im Baufach des ganzen Landes auf den 1. April festgesetzt. Die Schlichtungsinstanz will vorher noch einmal versuchen, den Arbeitsfrieden zu bewahren. Im ganzen würde die kommende Ausperrung 18 000 Mann umfassen.

### Kundgebung zum internationalen Frauentag

morgen, Mittwoch, den 30. März:

7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, in den Prachtläden am Märchenbrunnen (früher Schwertergarten) im Friedrichshain, unweit Könlgsfor. Referentinnen: Frau Veletier-Amsterdam und Marie Juchacz, W. d. R.

Es wirkt mit: Der Männerchor Prenglauer Berg.

#### Ulmarsch der Frauen:

1. Kreis, Prenzlauer Berg: Treffpunkt: 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, Danziger Straße Ecke Prenglauer Allee (Bergpark). Es schließen sich an (ab Bezirksamt): Kreis Mitte, Weichen, Remisdorf.
2. Kreis, Friedrichshain: Treffpunkt: 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, Weidenwiese. Von dort aus Ulmarsch nach den Prachtläden am Märchenbrunnen.
3. Kreis, Cölln: Treffpunkt: 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, Mittelpromenade Frankfurter Allee Ecke Kronprinzengraben.

### Der Schiedspruch in Lodz hinterhältig.

Lodz, 29. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Regierungsschiedspruch, der am Montag im Lodzer Textilarbeiterstreik gefällt wurde und für die Arbeiterlöhne eine Erhöhung von 5 bis 12 Proz. vorsieht, erregt große Unzufriedenheit. Der Grund ist insbesondere darin zu suchen, daß Angestellte und Werkmeister, die mitstreikten, von der Erhöhung ausgeschlossen wurden.

### Rückgang der Arbeitslosigkeit in Frankreich.

Paris, 29. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Zahl der Arbeitslosen in Frankreich ist in den letzten Wochen andauernd zurückgegangen. Das ist zum Teil auf ein starkes Nachlassen der Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte zurückzuführen, andererseits sind zahlreiche ausländische Arbeiter über die französische Grenze abgehoben worden. Die Einwanderungszahl belief sich in der ersten Februarwoche nur noch auf 146 gegen 986 in der Weihnachtswoche. Bis zum 20. März sind außerdem rund 22 500 ausländische Arbeiter aus Frankreich in ihre Heimat abgehoben worden.

### Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Zeitschrift sind Berlin SW 68, Lindenstraße 3. 1. Pol. 1. Temp. rechts, zu richten.

Widmung, Genossinnen! Kreis Wilmersdorf, Schöneberg, Steglitz, Zehlendorf, Charlottenburg: Freitag, den 1. April, abends 8 Uhr, Ulmarsch mit Fahnen und Bannern am Märchenbrunnen (für Genossen, die die Fahnen- und Bannenträger mitbringen, ist Sorge zu tragen). — 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Ulmarsch nach den Prachtläden. Die Fahnenträger versetzen sich im Saal über die Galerie, die Bannenträger stehen rechts und links vom Publikum. Die Mädchengruppen treten geschlossen am Märchenbrunnen an.

1. Kreis, Wilmersdorf: Dienstag, den 29. März, Sitzung der Elternbeiräte bei A. Richter, Büllingstr. 10, abends 8 Uhr.
2. Kreis, Friedrichshain: Mittwoch, den 30. März, Treffpunkt abends 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Weidenwiese zum Ulmarsch nach den Prachtläden am Märchenbrunnen. — Widmung! Die Fahnen- und Bannenträger können die Fahnen, Fahnen- und Plakate vom Genossen Paul Berg, Köpenick, 1. Adolfsplatz, abholen.
3. Kreis, Cölln: Donnerstag, den 31. März, mit dem Tage nachmittags 5 Uhr 20 Minuten am Riebeckparkweg nach dem Oberliga-Bahnhof.

### Heute, Dienstag, den 29. März:

17. Ust. Diejenigen Bezirksführer, welche noch nicht abgerechnet haben, werden gebeten, die verlangten Marken beim Kassierer Carl Köhne, Lypnerstraße 14, spätestens bis Mittwoch, den 30. März, abzurechnen.

18. Ust. Die Funktionäre, die noch nicht die Flugblätter abgeholt haben von Johann, Subener Str. 19, müssen dies heute abend unbedingt erledigen.
19. Ust. 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr bei Partsch, Friedrichstr. 88, Funktionärsitzung. — Wichtige Tagesordnung. Erledigen ist Pflicht.
- Charlottenburg, 22. Ust. Zur Flugblattverbreitung treffen sich die Genossinnen und Genossen abends 6 Uhr bei Dade, Rastlin-August-Allee 32. Die Bezirksführer werden ersucht, ihre Listen dort abzugeben. — 38. Ust. Flugblattverbreitung für die Frauenkundgebung. Abholen von 5 Uhr ab bei Hinrichsen, Danziger Str. 25.
74. Ust. Schöneberg. Die Bezirksführer werden dringend gebeten, bis spätestens 31. März mit dem Abteilungsleiter bestimmt abzurechnen.
- Realität, 29. Ust. 6 Uhr Flugblattverteilung von folgenden Listen aus: 1. bis 4. Bezirk: Gommers, Canbergr. 10. — 5. bis 7. Bezirk: Wille, Reuterstr. 47. — 8. bis 10. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 11. bis 12. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 13. bis 14. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 15. bis 16. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 17. bis 18. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 19. bis 20. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 21. bis 22. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 23. bis 24. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 25. bis 26. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 27. bis 28. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 29. bis 30. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 31. bis 32. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 33. bis 34. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 35. bis 36. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 37. bis 38. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 39. bis 40. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 41. bis 42. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 43. bis 44. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 45. bis 46. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 47. bis 48. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 49. bis 50. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 51. bis 52. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 53. bis 54. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 55. bis 56. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 57. bis 58. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 59. bis 60. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 61. bis 62. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 63. bis 64. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 65. bis 66. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 67. bis 68. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 69. bis 70. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 71. bis 72. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 73. bis 74. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 75. bis 76. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 77. bis 78. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 79. bis 80. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 81. bis 82. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 83. bis 84. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 85. bis 86. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 87. bis 88. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 89. bis 90. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 91. bis 92. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 93. bis 94. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 95. bis 96. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 97. bis 98. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64. — 99. bis 100. Bezirk: Köpcke, Köpenicker Str. 64.

### Morgen, Mittwoch, den 30. März:

11. Ust. 6 Uhr treffen sich sämtliche Bezirksführer bei Berger, Eberhardstr. 21, zur Empfangnahme von Flugblättern.
12. Ust. 7 Uhr Flugblattverteilung im Park bei Köpcke, Köpenicker Str. 64. Alle Genossinnen und Bezirksführer müssen bestimmt anwesend sein.
13. Ust. 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr bei Partsch, Friedrichstr. 88, Sitzung der Bezirksführer mit den Frauen. Abrechnung sämtlicher Listen. Mittagsessen (Karten) mitbringen. Jeder Bezirk muß unbedingt vertreten sein.
- Charlottenburg, 33. Ust. Sämtliche Genossinnen und Genossen treffen sich zur Flugblattverteilung in den bekannten Prachtläden um 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. — 14. Ust. 8. Gruppe, 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Fahnenabend. Vortrag: „Fortschritt als Kulturbewegung“. Referent: Eiman Rosenfeld. Die Bezirksführer müssen bestimmt erscheinen. — 35. Ust. 8 Uhr Fahnenabend. 8. Gruppe: Sport, Wallstr. 30. — 10. Gruppe: Polke, Köpenicker Str. 64. Tagesordnung: Vortrag: „Charlottenburger Wohnung- und Arbeitslosigkeit“. Referent: Peter Petersen. — 37. Ust. 8 Uhr bei Thum, Wilmersdorf, 4. wichtige Parteiveranstaltung.
- Schöneberg, 77. Ust. 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr bei H. H. Rastlin-August-Allee 32, Mittagsessen. Vortrag: „Spezialkomitee des Mannes“. Referent: Peter Petersen. — 78. Ust. 8 Uhr bei Köpcke, Köpenicker Str. 64, im Prachtläden, Mittagsessen. Vortrag: „Rationalismus und Sozialismus“. Referent: Peter Petersen. R. d. R. Sämtliche Genossinnen und Genossen werden ersucht, bestimmt zu erscheinen. Bitte und Kartenbesitzer sind herzlich eingeladen.
13. Ust. Wilmersdorf. 8 Uhr bei Partsch, Friedrichstr. 88, Mittagsessen. Vortrag: „Politik und Wirtschaft im Sozialen der Welt“. Referent: Peter Petersen. Referent: Peter Petersen. Sämtliche Genossinnen und Genossen werden ersucht, bestimmt zu erscheinen. Bitte und Kartenbesitzer sind herzlich eingeladen.
15. Ust. Wilmersdorf. 8 Uhr bei Partsch, Friedrichstr. 88, Mittagsessen. Vortrag: „Politik und Wirtschaft im Sozialen der Welt“. Referent: Peter Petersen. Referent: Peter Petersen. Sämtliche Genossinnen und Genossen werden ersucht, bestimmt zu erscheinen. Bitte und Kartenbesitzer sind herzlich eingeladen.
183. Ust. Oberhännele. 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr im Saal Eimer, Kaiser-Wilhelm-Str. 3, Parkbahnstraße mit sämtlichen Bezirksführern.
128. — 129. Ust. Partsch. 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr im Prachtläden. Breite Str. 14, Mittagsessen. Vortrag: „Wie steht es mit dem Arbeiterlohn?“ Referent: Peter Petersen. Sämtliche Genossinnen und Genossen müssen erscheinen. Formblätter und Sympathieerzettel sind einzubringen.

### Jungsozialisten. Heute, Dienstag, den 29. März:

Gruppe Eden. 8 Uhr Gruppenabend in der Justizhilfs-Sprechstunde, Lindenstr. 3, Prachtläden: Jugend und Parteil. — Gruppe Wilmersdorf. Wie beschließen wir heute? Beschlüsse der Verhandlung der Sozialistischen Arbeiterbewegung in der Schule Markstraße, Adolfsplatz. Referent: Erika Köpcke. R. d. R. — Gruppe Schöneberg. 8 Uhr im Jugendheim, Hauptstr. 15, Döberitzstr. Beschlüsse über die Parteigründe: „Politik der jungen Generation“.

### Frauenerkrankungen. Heute, Dienstag, den 29. März:

14. Ust. Realität, 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr bei Johann, Wippenstr. 18/19, Vortrag: „Sozialistische Gesundheitspflege in der Familie“. Referent: Helene Wilmersdorf.

### Frauenerkrankungen am Mittwoch, den 30. März:

1. Ust. Der Frauenabend fällt aus. Die Genossinnen beteiligen sich stattdessen an der Demonstration. Treffpunkt nachmittags 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Danziger Str. Ecke Prenglauer Allee.
2. Ust. Die Genossinnen treffen sich nachmittags 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Garten- Ecke Invalidenstr. zur Demonstration. Bitte ist 8 Uhr.
3. Ust. 6 Uhr treffen sich die Genossinnen bei Partsch, Wilmersdorf, 14. Köpenicker Weidenwiese. 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr nach den Prachtläden am Märchenbrunnen.
- Schöneberg, 114. Ust. Die Genossinnen treffen sich zum Ulmarsch nach den Prachtläden am Märchenbrunnen um 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Referent: Erika Köpcke. — 115. Ust. Die Genossinnen treffen sich zur Demonstration um 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Mittelpromenade Frankfurter Allee Ecke Kronprinzengraben.

183. Ust. Oberhännele. Die Genossinnen treffen sich am Donnerstag, den 31. März, pünktlich nachmittags 5 Uhr am Adolfsplatz. Abfahrt 5<sup>20</sup> Uhr ab Oberliga-Bahnhof zur Frauenkundgebung.

### Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

45. Ust. Unser Genossin Krumm, Wilmersdorf, Str. 28, ist plötzlich verstorben. Ihre letzten Wünsche. Die Beerdigung hat bereits am Montag, den 28. März, in Baumgartenweg stattgefunden.

Verantwortlich für Politik: Peter Köpcke; Wirtschaft: G. Ringel; Gewerkschaftsbewegung: H. Köpcke; Revolution: Dr. John Schimanski; Polizei: Köpcke; Krieg: Köpcke; Ausland: Köpcke; Internationales: Köpcke; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Unser Jubiläum

1902 25 1927

Am Mittwoch, den 30. März

beginnen unsere

Jubiläumsv-

Verkaufstage

Für diese Tage haben wir für wunderbare Überraschungen Sorge getragen.

Es erhält jeder Käufer beim Einkauf von 5 Mark an ein schönes, praktisches Geschenk.

Modewarenhaus

M. Grünberg Nachf.

Schöneberg, Hauptstraße 17.

Während der Jubiläumstage 10% Rabatt

Möbel Kredit

sehr günstig bei

Cammitzer

Schönb. Allee 82, 1

im Exh. Hochh.

Concordia-Palast, Andreasstraße 64

Dienstag d. 29. bis Donnerstag d. 31. März

Die Villa

Im Tiergarten

Humboldt-Theater, Badstraße 19

Der große Erfolg war verlängert.

Der große Erfolg war verlängert.

Die Mütter

Das erstklassige Besprogramm.

Die gute Bühnenschaus.

Ballschmieder-Lichtspiele, Badstr. 16

Der große Erfolg war verlängert

Der große Lustspielschlager

Henny Porten in

Meine Tante-Deine Tante

Das gute Programm. : Die erstklassige Bühnenschaus.



Mal- u. Zeichen-Bedarf

L. Juergens

Alexanderplatz

Blumenspenden

über 100

direkt über 100

Paul Golets.

verm. über 100

Mariannenstraße 3.

Ecke Rastlin-August-Allee

Wilmersdorf, 10534

100

100

100

100

Quittungs-, Kassa- u. Reklamemarken

gegen Nachzahlung

generell einz.

best. seit 45 Jahr.

Spezialität

Conrad Müller

Conrad Müller

Conrad Müller

Conrad Müller

Krause-Pianos

zur Miete

Wilmersdorf, 10534

Auf Teilzahlung

Herrn-Garderobe

Kleins. Bequeme

Anzahlung! \* Abzahlung!

CAMNITZER

Schönhauser Allee 82, 1

am Hochbahnhof Nordring

Holzhäuser

best. seit 20 Jahren

Dickmann A.-G., W57

Wohnen-dürfen - Prospekt gratis

Wald- u. Wasserparzellen - Nachweis.

Eisenmoorbud Wilsnack

(Berlin-Hamburg-Bahn). Erfolgreichstes

Bad gegen Gicht, Rheuma, Ischias und

Frauenleiden. Erfolg tausendfach

besüßigt. Eröffnung 1. Mai 1927. Kurzeit

ganzzählig. Prospekt durch die Bade-

verwaltung und diverser Reisebureau.

Auf Teilzahlung

Kinderwagen

Kleins. Bequeme

Anzahlung! \* Abzahlung!

CAMNITZER

Schönhauser Allee 82, 1

am Hochbahnhof Nordring